

Stand: 24.12.2025 14:28:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21983

"Bayern als Zufluchtsort für Menschen aus der Ukraine - schon jetzt auch die mittel- und langfristige Perspektive in den Blick nehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21983 vom 30.03.2022
2. Beschluss des Plenums 18/22031 vom 30.03.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 30.03.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Bayern als Zufluchtsort für Menschen aus der Ukraine – schon jetzt auch die mittel- und langfristige Perspektive in den Blick nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie die Eingliederung in den Arbeitsmarkt landespolitisch bestmöglich strukturiert werden kann.

Dabei sollen die folgenden Punkte besonders berücksichtigt werden:

- unbürokratische und beschleunigte Anerkennung beruflicher Abschlüsse
- Schaffung von Möglichkeiten, Sprachkurse berufsbegleitend durchzuführen bzw. die deutsche Sprache bestenfalls im Betrieb zu erlernen
- Ausweitung der Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit
- mehrsprachiger (und in leichter Sprache verfasster) Ausbau arbeitsmarktbezogener Informationsmedien inklusive relevanter Informationen zu Arbeits- und Strafrecht
- spezifische Programme und Aktivitäten zur Arbeitsförderung, Qualifizierung und Beschäftigung von Frauen

Begründung:

Im Zuge des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs auf die Ukraine durch Russland sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 1,4 Mio. Menschen in benachbarte Länder geflohen (Stand 05.03.2022). Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) rechnet insgesamt mit rund 4 Mio. Flüchtlingen. Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen auch hier in Bayern an, um den Menschen einen Zufluchtsort zu bieten. Zudem haben auf EU- und Bundesebene Planungen begonnen, Geflüchteten aus der Ukraine einen vorübergehenden Schutz in der EU für bis zu drei Jahren anzubieten, der unter anderem auch die Erteilung einer Arbeitserlaubnis vorsieht.

Neben akuten Hilfsmaßnahmen erscheint es daher notwendig, flankierend zu den Überlegungen auf Bundesebene, zügig Konzepte für mittel- und längerfristige Maßnahmen gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik auszuarbeiten. All jenen Menschen, die aus der Ukraine nach Bayern kommen, muss es – sofern sie dies anstreben – möglichst schnell und unbürokratisch ermöglicht werden, im Freistaat beruflich Fuß zu fassen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die Integration in den Arbeitsmarkt von landespolitischer Seite unterstützt werden kann. Dabei gilt

es insbesondere die folgenden Aspekte zu berücksichtigen: unbürokratische und beschleunigte Anerkennung beruflicher Abschlüsse, Ausbaus von Sprachkursen – vor allem auch berufsbegleitend; Ausweitung der Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit; Ausbaus mehrsprachiger (und in leichter Sprache verfasster) arbeitsmarktbezogener Informationsmedien inklusive relevanter Informationen zu Arbeits- und Strafrecht; spezifische Programme und Aktivitäten zur Arbeitsförderung, Qualifizierung und Beschäftigung von Frauen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/21983

Bayern als Zufluchtsort für Menschen aus der Ukraine – schon jetzt auch die mittel- und langfristige Perspektive in den Blick nehmen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Julika Sandt

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexander Hold

Abg. Franz Bergmüller

Staatssekretär Sandro Kirchner

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Erwerbstätigkeit für ukrainische Geflüchtete schneller ermöglichen
(Drs. 18/21951)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern als Zufluchtsort für Menschen aus der Ukraine - schon jetzt auch die mittel- und langfristige Perspektive in den Blick nehmen (Drs. 18/21983)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Mal, wenn ich hier an dieses Pult schreite, ist die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine um ein Vielfaches gestiegen. Seit Beginn des brutalen Angriffskrieges Russlands mussten bereits 3,6 Millionen Menschen aus der Ukraine fliehen. Aber auch innerhalb der Ukraine sind 6,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Jeden Tag werden es mehr. Es hat einen Grund, warum ich heute wieder hier stehe und zu Ihnen spreche; denn die 85.000 Menschen, die in Bayern ankommen, sollen sich in Sicherheit wissen, sofern sie es wünschen, und sie müssen eine Perspektive für morgen haben. Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag deshalb, dass die Abwicklung, die Registrierung, die Anmeldung, die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis innerhalb von zwei Wochen geschieht. Zum Teil ist es nämlich so, dass die Geflüchteten hören, sie müssen bis Mai warten,

um sich registrieren zu lassen. Sie können aber erst dann eine Arbeitserlaubnis bekommen. Das dauert aber einfach viel zu lange. Es gibt Unternehmer wie meinen Kollegen Albert Duin, der darauf wartet, dass die Menschen bei ihm arbeiten können.

Diese Vorgänge müssen auch barrierearm erfolgen, sozusagen in einem One-Stop-Shop, in einer Behörde, nicht in vielen Behörden, und zwar mit einem professionellen Dolmetscher. Das würden Sie sich auch wünschen, wenn Sie in der Haut von Geflüchteten stecken würden. Das hier macht mich aber besonders wütend; denn es sind Frauen mit Kindern im Arm, mit Kindern an den Händen, die von Behörde zu Behörde gehen müssen. Ich denke, das alles ist viel zu kompliziert, viel zu langsam. Das müssen wir unbedingt ändern, deswegen unser Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte mich an dieser Stelle aber auch bei all den Menschen bedanken, die sich bei den Wohlfahrtsverbänden und bei der Verwaltung kümmern, und vor allen Dingen bei jenen, die als Ehrenamtliche unterwegs sind, und auch bei den Privatpersonen, die eine Wohnung zur Verfügung stellen, bei allen, die die Geflüchteten bei so vielen Dingen unterstützen, vor allem auch bei Behördengängen. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Sie sind einfach spitze!

(Beifall bei der FDP)

Ich bekomme auch täglich Zuschriften, was alles schief läuft. Ich versuche, dem hinterherzukommen. Da ist sehr viel zu tun, in den Kommunen, aber auch auf Landesebene; deshalb unsere vielen Dringlichkeitsanträge, heute zum Thema Behördengänge und zum Thema Arbeit. Es ist klar, dass nicht alle sofort einer Arbeit nachgehen wollen, aber die, die es wollen – und das sind viele –, sollen doch die Möglichkeit dazu haben. Da sind doch auch Pflegekräfte dabei. Die brauchen wir. Da sind Lehrerinnen dabei, die ukrainische Schüler gleich mit unterrichten könnten. In Berlin, in einem Bundesland, über das wir, wenn es um Organisation geht, normalerweise die Nase rümpfen, wo auch sicherlich nicht alles optimal läuft, da ist es immerhin schon so, dass die

Lehrkräfte Schüler aus der Ukraine an den Schulen mit betreuen. Das brauchen wir auch bei Erziehern, das brauchen wir bei Pädagogen, und das brauchen wir bei allen, die in der Sozialarbeit und in der Psychotherapie tätig sind. Wenn sie hier sind, wenn sie dazu bereit sind, wenn sie sich in der Lage sehen, zu arbeiten, dann sollten wir doch dafür dankbar sein und ihnen sofort die Möglichkeit dazu geben.

Wir müssen einfach wissen, welche Qualifikationen die Menschen haben. Dafür ist es sinnvoll, dass in großen Behörden dann möglichst auch gleich die Arbeitsagentur vor Ort ist, damit gleich erfasst wird, was die Menschen machen, und dass dann gleich geschaut wird, wie man die Menschen bestmöglich vermitteln kann. Dann muss die Anerkennung gut laufen. Es muss möglich sein, dass sie eine Arbeit aufnehmen. Der Anerkennungsprozess muss parallel zu einer Einarbeitung möglich sein. Insgesamt brauchen wir viel Flexibilität, gute Nachqualifikationsmodule, gerade in den Mangelberufen, damit die oft sehr gut ausgebildeten Fachkräfte schnellstmöglich eingesetzt werden können. Das Ganze sollte möglichst in Teilzeit angeboten werden. Wie gesagt, hauptsächlich sind Mütter mit Kindern da. Deshalb müssen alle Angebote möglichst in Teilzeit gemacht werden. Es muss immer mitgedacht werden, dass es überwiegend alleinerziehende Mütter sind, also Frauen, die, während sie hier sind, alleinerziehend sind. Dafür brauchen sie auch eine entsprechende Kinderbetreuung.

Wir haben auch erste Fälle von Frauen, die in die Schwarzarbeit schlittern und sich der Gefahr aussetzen, ausgebeutet zu werden. Auch dagegen müssen wir mit aller Kraft ansteuern. Jetzt ist die Sozialministerin leider nicht da. Ich hoffe aber, dass sie sich dieses Themas annimmt. Vorsicht ist besser als Nachsicht. Wir stehen der Regierung immer mit guten Vorschlägen zur Seite. Vielleicht können Sie es den Kabinettsmitgliedern, in dem Fall der Ministerin für Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf, ausrichten. Dafür wären wir Ihnen sehr dankbar. Es wäre natürlich auch schön, wenn sie da wäre.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Diana Stachowitz.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist ganz wichtig, weil wir seit Anfang März 90.000 Ukrainerinnen und Ukrainer bei uns in Bayern haben. Diese kommen aus einem industrialisierten Land, in dem sie sehr gut ausgebildet worden sind. Diese Menschen wollen auch hier in dem Fach, für das sie qualifiziert sind, arbeiten. Das können sie auch. Deswegen haben auch wir einen Antrag gestellt, nach dem die Qualifikation schnell und unbürokratisch anerkannt werden soll. Die beste Integration ist nämlich die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Arbeit ist die beste Möglichkeit, hier anzukommen und die Traumatisierung zu überwinden. Deswegen müssen wir das Potenzial nutzen. Das hat auch Hubertus Heil heute mit der Einberufung seines Gipfels deutlich angekündigt. Diesen Gipfel hält er nicht wie die Staatsregierung nur mit den Unternehmern ab, sondern auch mit den Gewerkschaften, um wirklich herauszufinden, was es jetzt ganz konkret braucht.

Sprache – das wissen wir alle – ist der Schlüssel, um erfolgreich zu sein. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir Möglichkeiten des Sprachunterrichts anbieten, und zwar nicht nur online, in den Schulen und in Kursen, sondern berufsbegleitend vor Ort. Ein Anliegen der Unternehmen – das wissen wir aus allen anderen Integrationsmaßnahmen – ist es, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort entsprechend unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist es auch zu sagen – das hat auch Hubertus Heil ganz deutlich gesagt –, dass diese Geflüchteten als Erstes Menschen sind. Sie bringen eine Qualifikation mit, und sie brauchen die erforderliche Unterstützung, damit sie hier auch wirklich ankommen. Viele sagen immer wieder, die Ukrainerinnen, die geflüchtet sind, werden wieder zurückgehen. Ja, ein Teil wird zurückgehen, aber ein Teil – das wissen wir – wird hier-

bleiben. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir den Flüchtlingen helfen, damit sie mit ihrer Kompetenz und ihrer Qualifikation ankommen und sich integrieren können.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen, dass es hauptsächlich Frauen mit Kindern sind. Auch aus frauenpolitischer Sicht kann ich nur sagen: Wir schauen, dass die Frauen selbstständig werden. Die Frauen wollen arbeiten, und sie können es auch. Daher ist die Perspektive, die die FDP in ihrem Antrag in allen Details aufgezeigt hat, richtig. Deswegen werden wir dem FDP-Antrag auch zustimmen. Unser Nachzieher fordert im Grunde das Gleiche, nur nicht ganz so detailliert. Ich glaube, wir sind damit auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Stachowitz. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Dr. Stephan Oetzing.

Dr. Stephan Oetzing (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Dringlichkeitsantrag der FDP und den Nachzieher der SPD zum ersten Mal liest, stellt man sich schon die Frage, ob es tatsächlich der richtige Zeitpunkt ist, sich in einen gegenseitigen Überbietungswettbewerb zu begeben. In den vergangenen Wochen, seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine ist an mehreren Stellen deutlich geworden, dass Bayern hilft, dass Bayern Menschen aus der Ukraine aufnimmt, dass Schutzsuchende bei uns nicht nur übergangsweise, sondern auch, wenn es dafür Bedarf gibt, längerfristig eine Heimat finden können. Deshalb gilt an dieser Stelle mein ganz herzlicher Dank der Bayerischen Staatsregierung, den zahllosen Kommunen und Ehrenamtlichen, die sich engagieren und eine Aufnahme der Geflüchteten ermöglichen. Ein herzliches Dankeschön dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit den vorliegenden Anträgen wird dieser Prozess allerdings nicht beschleunigt oder verbessert. Zahlreiche aufgeführte Forderungen braucht es nicht, weil es bereits klare Grundlagen, Regelungen und Vorgehensweisen in Bayern gibt.

Zunächst ist das Thema der Fristen zu nennen. Eine Frist von zwei Wochen zur Registrierung, Meldung der Wohnung sowie der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung ist gesetzlich nicht vorgesehen. Der bayerische Weg über eine Fiktionsbescheinigung und möglichst schnelle Termine ist die bessere Alternative.

Für die Weiterbildung und Nachqualifikation hat die Bayerische Staatsregierung über verschiedene Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit mit dem Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 bereits verschiedene Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation zur Verfügung gestellt, die eben auch für Flüchtlinge und Schutzsuchende aus der Ukraine, insbesondere auch für Frauen, zur Verfügung stehen, die auch die Weiterbildungsinitiatoren als Beratungsstellen in den Regierungsbezirken ansprechen können. Im Kontext der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen existiert bereits ein umfangreiches Angebot an Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Diese werden insbesondere durch die Bundesagentur für Arbeit über das Sozialgesetzbuch III, aber auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und unterstützt.

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit ist genuine Aufgabe des Zolls, einer Bundesbehörde, die dem Bundesfinanzministerium untersteht und damit nicht in der Zuständigkeit der Bayerischen Staatsregierung liegt.

Zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und entsprechender Berufsausbildungen ist auf die Beratungsstellen der beruflichen Fortbildungszentren der bayerischen Wirtschaft zu verweisen, die in englischer, aber auch in ukrainischer und russischer Sprache Geflüchtete beraten können und ihre Leistungen anbieten. Ebenso ermöglicht das Berufsbildungsgesetz eine Ausbildung in Teilzeit, bei der das Angebot auf Geflüchtete mit Kindern, insbesondere auch auf Frauen, ausgedehnt wird. Hierzu hat der Haushaltsausschuss bereits Sondermittel für ein Projekt in Höhe von

250.000 Euro in Aussicht gestellt. Dieses Projekt werden wir mit dem Haushaltsgesetz in der kommenden Plenarwoche auf den Weg bringen.

Bei der geforderten Online-Registrierung von Flüchtlingen muss man differenzieren zwischen dem, was online tatsächlich möglich ist, und Verfahren, die rein technisch die physische Anwesenheit verlangen. Hierzu zählen insbesondere das Abnehmen von Fingerabdrücken, die Fotografie und Ähnliches, wenngleich der Bund angekündigt hat, eine Antragstellung im Online-Verfahren auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, Bayern hilft ankommenden Flüchtlingen aus der Ukraine umfangreich. Immerhin erreichen ein Drittel aller Schutzsuchenden aus der Ukraine, die in die Bundesrepublik kommen, den Freistaat. Wichtiger als ein gegenseitiges Überbieten ist unseres Erachtens, darauf zu achten, dass eine gerechte Verteilung zwischen den Bundesländern und auch auf europäischer Ebene stattfindet. Daher lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Oetinger. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mit ein bisschen Verwunderung meinem Vorredner zugehört: Bayern macht, es ist alles da. Erstaunlich ist aber, dass das bei den Betroffenen und bei den Verbänden, die mit diesem Thema tagein, tagaus zu tun haben, und auch bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern nicht bekannt ist. Dazu aber vielleicht noch später.

An erster Stelle ist es mir wichtig, mich auch im Namen meiner Fraktion bei den vielen Helferinnen und Helfern – zahlreiche von ihnen sind ehrenamtlich tätig – herzlich zu bedanken. Wir danken auch den Verbänden, die seit vier, fünf Wochen Unglaubliches leisten. Sie sind nahe an den Menschen und versuchen, im Krisenmodus Hilfe anzu-

bieten, um den geflüchteten Menschen ein gutes Ankommen zu ermöglichen; sie sollen wenigstens etwas zur Ruhe kommen. Unser Dank geht an diese Menschen draußen.

Zur Integration in den Arbeitsmarkt: Wir, die GRÜNEN-Fraktion, haben auf einer Pressekonzferenz vor zehn Tagen unseren Sieben-Punkte-Plan vorgestellt. Diese sieben Punkte betreffen unter anderem den psychosozialen Bereich und den Arbeitsmarktzugang, aber auch die Unterstützung für Schulen im Bereich Lehrer und Lehrerinnen. Dazu haben wir einen Haushaltsantrag über 100 Millionen Euro gestellt; ich hoffe, dass wir darüber in der nächsten Woche beraten können. Wir haben noch einmal verdeutlicht, wie wichtig es ist, diese Punkte auf der Grundlage eines vernetzten Konzepts umzusetzen.

Wir hören immer wieder, auch von den kommunalen Ausländerbehörden, die die Fiktionsbescheinigungen ausstellen, dass es an Personal mangle, das heißt, die Fiktionsbescheinigungen können nicht ausgestellt werden, weil den Ausländerbehörden das Personal fehlt. Es war schon vorher schwierig; durch die Vielzahl an Menschen, die sich jetzt an die Ausländerbehörden wenden, ist es noch schwieriger geworden. Die Fiktionsbescheinigung gäbe den Menschen wenigstens die Möglichkeit – da die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis viel zu lange dauern würde –, sich auf dem Arbeitsmarkt zu orientieren.

Aber es funktioniert nicht! Wir – ich und andere Kolleginnen und Kollegen – kennen zig Einzelfälle, dass Menschen darauf warten, diese Bescheinigung ausgestellt zu bekommen. Von der Staatsregierung ist aber bisher keine einzige Ansage zu hören, wie das gesteuert werden soll.

Der andere Punkt betrifft die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse. Das ist ein Thema, das uns seit vielen, vielen Jahren beschäftigt. Wir haben uns sehr gefreut, als die Ankündigung kam, dass ukrainische Lehrkräfte die Anerkennungsmöglichkeit bekommen. Dass Erzieher und Erzieherinnen dieselbe Möglichkeit bekommen, ist eben-

falls eine erfreuliche Nachricht. Ich hoffe, dass es nicht bei den Ukrainerinnen und Ukrainern bleibt, sondern dass andere Geflüchtete, die eine entsprechende Qualifikation mitbringen, genauso behandelt werden.

Kommen wir jetzt zur Anerkennung: Was ist eigentlich passiert? Was hat die Staatsregierung an Neuem mitgeteilt? Wie soll die Anerkennung denn laufen? Schulen und Kindertagesstätten haben nicht sechs, sieben Monate Zeit, darauf zu warten. Dazu gibt es kein Konzept. Ich habe von der Staatsregierung auch nichts dazu gehört, ob es ein Übergangsmanagement bzw. eine Übergangslösung gibt. Nichts zu hören!

Im Gegenteil, das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse, gerade solcher im Erziehungsbereich, findet in seiner Absurdität weiterhin statt. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn ich Erzieherin bin und die Anerkennung will, dann bekomme ich diese – nach monatelanger Prüfung! – für eine Einrichtung. Nur in dieser Einrichtung darf ich mit dieser Anerkennung arbeiten. Wenn ich bei demselben Träger in einer anderen Einrichtung eingesetzt werden soll, muss ich noch einmal die Anerkennung durchlaufen. Wollen Sie diese Absurdität, die aktuell noch stattfindet, auch bei der Anerkennung der Abschlüsse von ukrainischen Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern fortsetzen?

Allein die Stadt München musste, um mit ihren Mitarbeitern flexibel umgehen zu können, 760 Akten noch einmal bei der Regierung von Oberbayern vorlegen. Damit steht München nicht allein da. Dazu habe ich von der Staatsregierung nichts gehört. Ich erwähne das, weil Sie, Kollege Oetzinger, gesagt haben, Sie hätten an alles gedacht und seien bereit.

Bayern ist das einzige Bundesland, das ausländische Abschlüsse von Lehrern und Lehrerinnen bisher nicht akzeptiert. Ich hoffe, dass jetzt – endlich – ein Übergangsmanagement kommt.

Der nächste Bereich ist die Wirtschaft. Ich habe noch nichts dazu gehört, welche Absprachen mit IHK und Handwerkskammer getroffen wurden, welche Qualifizierungs-

maßnahmen angeboten werden und wohin sich die Leute wenden müssen. Hinter alledem steht noch ein großes Fragezeichen.

Noch einmal zur Fiktionsbescheinigung: Damit steht und fällt das Ganze. Ohne Fiktionsbescheinigung kein Zugang zum Arbeitsmarkt!

Auf all diese Fragen geben wir Ihnen Antworten. Wir kritisieren ja nicht nur; wir zeigen auch Wege auf, wie es besser funktionieren kann. Von Ihnen aber haben wir dazu bisher nichts gehört.

Wir haben auch nichts dazu gehört, ob jetzt ein Pool mit ukrainischen Lehrern und Lehrerinnen eingerichtet wird, auf den die Schulen zurückgreifen können. Private und gemeinnützige Verbände engagieren sich bereits. Ein Verein unterrichtet mittlerweile 265 ukrainische Kinder. Nicht alle Vereine und Verbände haben Lehrer und Lehrerinnen. Aber die Staatsregierung hat noch nichts dazu gesagt.

Sorgen Sie dafür, dass entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden! Sorgen Sie dafür, dass Zugänge geschaffen und Prozesse beschleunigt bzw. vereinfacht werden! Und: Unterstützen Sie unseren Haushaltsantrag! Mit unserem Sieben-Punkte-Plan schlagen wir jedenfalls sehr viele Lösungen vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel.
– Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Vizepräsident Alexander Hold.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Den Menschen, die vor dem russischen Aggressor Putin, vor Zerstörung und Kriegsverbrechen aus der Ukraine geflüchtet sind, müssen wir zuallererst helfen. Wir müssen ihnen Sicherheit, Schutz und Versorgung bieten. Viele von ihnen wollen schnellstmöglich zurück in ihre Heimat; aber es ist nicht absehbar, wann bzw. ob das überhaupt möglich sein wird. Deshalb sind wir gefordert,

neben der Berücksichtigung der genannten Grundbedürfnisse die Menschen aus der Ukraine ab dem ersten Tag ihres Aufenthalts hier zu integrieren. Neben der Betreuung der Kinder, der Bildung und dem Erwerb von Sprachkompetenz ist die bestmögliche Art der Integration die in den Arbeitsmarkt. Das ist ein Kernbereich der Bemühungen um Integration.

Das Ziel der beiden Anträge – die schnellstmögliche Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und die Ankommenden wie auch unsere Arbeitgeber und die ehrenamtlich Tätigen sowohl sofort als auch mittel- und langfristig zu unterstützen – teilen wir ohne Wenn und Aber.

Bayern hat die Weichen für eine Integration in den Arbeitsmarkt allerdings bereits gestellt. Es gibt eine enge Zusammenarbeit und einen intensiven Austausch zwischen der Staatsregierung und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern.

Es ist richtig, dass die Integration in Arbeit in erster Linie Aufgabe der Arbeitsagenturen ist. Trotzdem nimmt sich die Bayerische Staatsregierung dieser Aufgabe an. Die Tätigkeit der Arbeitsagenturen wird durch den Freistaat ergänzt. Dazu zählt die Bereitstellung von Strukturen und Angeboten, zum Beispiel von Jobbegleitern und Ausbildungsakquisiteuren. Zudem können Ukrainerinnen und Ukrainer vom Freistaat geförderte Projekte zum Spracherwerb nutzen, zum Beispiel das Projekt "Sprache schafft Chancen". In diesem Rahmen wird auch auf ehrenamtlicher Basis mit Sprachtandems und Sprachkursen unterstützt. Natürlich muss man heutzutage auch die Online-Möglichkeiten nutzen; insofern haben Sie völlig recht.

Ich verweise zudem auf die bewährten Beratungsstrukturen, insbesondere hinsichtlich der Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Dazu gehören die fünf Beratungsstellen bei den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft, Bfz, und Beratungsangebote der Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung.

An vielen Stellen Ihrer Anträge steht das Wort "unbürokratisch". Das klingt natürlich super. Ja, wir müssen unbürokratisch sein, so gut es geht.

Übrigens, Frau Kollegin Demirel, wenn Sie sagen, Sie hätten von der Staatsregierung nichts gehört, dann glaube ich Ihnen das sogar. Das heißt aber noch lange nicht, dass es nichts gibt. Wie man etwas unbürokratisch und schnell anpackt, zeigt gerade das Kultusministerium auf vorbildliche Weise. Ich nenne nur den Rahmenplan vom 16. März 2022 zur Aufnahme und Beschulung ukrainischer Kinder. Dieser wird wöchentlich aktualisiert, weil wir alle in dieser Situation dauernd dazulernen. Zu dem Rahmenplan gehören sogar detaillierte Handlungsanleitungen für die Schulen. Es wird also bereits viel mehr getan als das, was Sie bisher mitbekommen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber noch einmal zur Bürokratie bzw. zu Ihrer Forderung nach "unbürokratischer" Anerkennung von Qualifikationen: Ein Mindestmaß an Verlässlichkeit ist die Voraussetzung für die Bereitschaft unserer Wirtschaft, Flüchtlinge schnell einzustellen, und ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber anderen Arbeitswilligen, die schon länger auf eine Anerkennung warten, weil sie ein reguläres Verfahren durchlaufen müssen.

Andere Dinge, die Sie in Ihren Anträgen bringen, wie zum Beispiel, dass alle Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen innerhalb von zwei Wochen zu erledigen sind, klingen super. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, dass es auch technische Grenzen gibt. Wir haben ein Verfahren. Wir haben einfach nicht mehr an technischer Ausstattung. Daher dauert dies eine gewisse Zeit. Wir wollen ja auch nicht, dass sich die Erfahrungen von 2015 wiederholen, dass wir teilweise nicht wissen, wer im Land ist und wer registriert ist. One-Stop-Behördengänge, also alles in einem Behördengang, ist insofern relativ schlecht umzusetzen, weil verschiedene Dinge zu klären sind. Es geht auch um Gesundheitsuntersuchungen. Teilweise sind das sehr sensible Untersuchungen, die natürlich nicht im Ausländeramt vorgenommen werden können, und ähnliche Dinge.

Hinsichtlich der Zielrichtung Ihrer Forderungen sind wir ganz bei Ihnen. Bei dem, was Sie teilweise hier bringen, glaube ich aber, dass man dem Ganzen nicht guten Gewissens zustimmen kann. Deswegen lehnen wir die Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Diana Stachowitz, SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Kollege, vielen Dank für Ihre Ausführungen, in denen Sie feststellen, dass so, wie es die CSU und die FREIEN WÄHLER im Moment handhaben, es doch länger dauert. Bei der Berufsanerkennung im Pflege- und Erziehungsbereich haben wir gerade in Oberbayern Wartezeiten von über zwei Jahren – die Kollegin von den GRÜNEN hat das ja ausgeführt.

Sie sagen, dass wir alle so super aufgestellt seien und dass Bayern ergänze. Die Berufseinstiegsbegleitung haben Sie abgelehnt; wir haben sie nicht mehr finanziert. Dabei geht es um ein ganz, ganz schwieriges Feld; denn gerade hier könnten wir den jungen Menschen jetzt eine entsprechende Begleitung ermöglichen. Ich glaube, der Tenor "wir müssen gucken, wer im Land ist" ist jetzt überhaupt nicht das Thema, sondern das Thema ist, dass diejenigen, die arbeiten können und wollen, mit ihrer Qualifikation in Arbeit kommen und nicht ausgebeutet werden, indem man sie als Saisonarbeitskräfte verwendet. Das kann nicht sein.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Werte Frau Kollegin, auch da sind Sie nicht richtig informiert. Ich danke Ihnen aber für die Gelegenheit, etwas klarzustellen. Die Berufseinstiegsbegleitung haben wir ganz sicher nicht abgelehnt. Wir sind der Meinung, dass es nach wie vor an der Zeit ist, in dieser Richtung weitere gute Maßnahmen zu ergreifen, und wir freuen uns sehr über Unterstützung, damit wir weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung durchführen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Herr Bergmüller, Sie haben das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute herrscht im Vergleich zu den letzten Debatten wohltuende Ruhe. Zuletzt gab es noch Schuldzuweisungen, wer sich am Hauptbahnhof weniger um die Flüchtlinge gekümmert hat.

Die ukrainischen Flüchtlinge, gerade die Frauen und Kinder – ich erlebe es selber in unserer Gemeinde; ich bin noch in verantwortlicher Position im Gemeinderat; erst gestern haben wir wieder darüber debattiert –, sind froh, hier in Sicherheit zu sein. Das ist das A und O; das ist das Erste. Sie fragen auch nicht in erster Linie – zumindest haben wir dies vor Ort so erlebt; woanders mag dies vielleicht anders sein – gleich nach staatlichen Leistungen, sondern sie fragen: Wo kann ich etwas arbeiten? Dies ist natürlich schwierig, weil wir in Deutschland ziemlich bürokratisch aufgestellt sind. Da lobe ich mir Initiativen wie zum Beispiel jene der Schuhfirma Gabor, die in ihrer Niederlassung sofort 17 Leute eingestellt hat – nicht in Deutschland; viele Flüchtlinge sind aber in osteuropäischen Ländern. – Ja, in der Slowakei geht dies viel einfacher. Da wird nicht nach der Qualifikation usw. gefragt, sondern die Flüchtlinge arbeiten. Viele Frauen finden im Hilfsarbeitssektor relativ schnell etwas.

Sehen wir uns Ihre Spiegelstriche, ob jetzt im SPD- oder im FDP-Antrag, an. Letztendlich hat die SPD gesagt, dass die Anträge eigentlich gleich seien. Dort finden sich viele Plattitüden. Stephan Pilsinger – ich muss ihn sogar loben – hat deutlich erklärt, dass viele Dinge Selbstverständlichkeiten sind. Ich sehe, wie viele Unternehmer, Bürger, Familien, Vbw, IHK genau diese Hilfe schon mit Leben erfüllen – die Vbw bietet Online-Sprachkurse und Kompetenzerfassung an. Dies ist eine sehr wichtige unbürokratische, schnelle Hilfe für ukrainische Flüchtlinge. Dies ist durchaus möglich. Zuletzt

ist es ja um diverse Lebensformen und um die Ermöglichung eines Studiums gegangen. Mittlerweile sind wir schon auf den Boden der Tatsachen zurückgekehrt. Wir sollten die Leute möglichst schnell in Lohn und Brot bringen, wo dies eben möglich ist. Die Staatsregierung hat schon ihren Teil dazu beigetragen: Kenntnisprüfungen sollen bei Einstellung reichen.

Frau Demirel will die Erleichterungen gleich auf andere Flüchtlinge ausdehnen. Wir sprechen jetzt über die ukrainischen Kriegsflüchtlinge. Das ist eine ganz andere Baustelle. Sie sind bei uns in Europa unmittelbar von Krieg bedroht. Das mag in anderen Ländern durchaus auch so sein, aber die Ukrainer verteidigen ihr Vaterland auch noch selbst; sie fordern die Männer auf, daheim ihr Vaterland zu verteidigen.

(Beifall bei der AfD)

In den früheren Flüchtlingsströmen, die zu uns kamen, waren genügend Männer dabei. Deswegen ist dies eine ganz besondere Situation.

Ich frage mich, wie Polen dies eigentlich schafft. Polen hat circa zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Meine Freunde, die ich unterstütze, fahren laufend mit Hilfstransporten nach Polen. Letztes Mal ist mir etwas über eine Frau mitgeteilt worden, deren Tochter bei uns in Deutschland lebt. Sie sagt: Ich habe jetzt 20 kg Fleisch gekauft, damit ich für die Flüchtlinge kochen kann. Das sind Initiativen! 60.000 Flüchtlinge wohnen in Bayern in Familien, nur 30.000 sind in Auffanglagern untergebracht. Daran sieht man, welche großartige Leistung hier von vielen Leuten erbracht wird.

In der Pflegebranche müssen wir natürlich darauf achten, dass nicht so viel schwarzgearbeitet wird. Letztendlich werden diese Personen aber von Agenturen vermittelt. Blicken wir doch einmal auf deren Internetseiten. Dort müssten wir sofort einschreiten. Ansonsten – das muss ich ehrlich sagen – müssen wir auch einmal ein Auge zudrücken; denn wichtig ist, dass die Leute ein wenig dazuverdienen können. Wir unterstützen sie mit allen Kräften.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Sandro Kirchner das Wort.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der russische Angriffskrieg – darin sind wir uns alle einig – hat sehr viel Leid mit sich gebracht und natürlich auch dazu beigetragen, dass wir große Flüchtlingsbewegungen haben und dass sehr viele Menschen Haus und Hof verloren haben und jetzt auch bei uns in Bayern ankommen. Wir müssen uns daher mit einer besonderen Situation auseinandersetzen.

Es ist richtig und auch wichtig, dass wir uns mit dem Ansinnen beschäftigen und auch helfen wollen. Ich meine aber, wenn wir helfen wollen, dürfen wir die Dinge nicht durcheinanderbringen. Die beiden Dringlichkeitsanträge der FDP und der SPD bringen die Dinge schon etwas durcheinander. Deswegen möchte ich versuchen, hier etwas zu ordnen.

Der erste Punkt ist ganz klar. Der rechtliche Rahmen ist nämlich ganz klar. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine dürfen arbeiten. Das setzen wir um und werden allen Kriegsflüchtlingsen, die Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz haben, auch die Ausübung der Erwerbstätigkeit ermöglichen, und zwar schnell, unbürokratisch und auch bürgerfreundlich.

In der Praxis sieht es natürlich so aus, dass die Flüchtlinge zur Kreisverwaltungsbehörde oder zu anderen Stellen kommen, um sich beim Ausländeramt registrieren zu lassen und um dort dann auch eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten. Wir wissen aber schon, dass damit auch ein Akt der Bundesdruckerei verbunden ist, ähnlich wie beim Personalausweis, um diese Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Dies nimmt einige Zeit in Anspruch. Der Freistaat Bayern ist aber sehr unbürokratisch und flexibel. Mit einer Fiktionsbescheinigung, die vor Ort ausgestellt wird, ist es mög-

lich, ad hoc die Ausübung der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Damit wird Ihrem Wunsch bzw. Antrag nachgekommen.

Klar, es ist schon so, dass man an der einen oder anderen Stelle hinschauen muss. Aber das ist auch der Situation geschuldet, dass da gerade Massen von Leuten unterwegs sind, sodass es bei der einen oder anderen Kreisverwaltungsbehörde natürlich mal zu Verzögerungen kommt und man sich wünschen würde, dass es dort schneller geht. Aber da müssen wir auch fair sein und sagen: Die Situation ist besonders. – Ein Kollege hat schon angesprochen, dass die technischen Rahmenbedingungen durchaus besser sein könnten, um die Registrierung und Erfassung schneller durchführen zu können.

Da ich die Gelegenheit habe, möchte ich die Situation nutzen und den Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltungsbehörden ein großes Dankeschön aussprechen, die bei der Registrierung gerade einen tollen Job machen, in der Ausländerbehörde, in der Unterbringungsverwaltung, in der Leistungsverwaltung, den ganzen Hilfsorganisationen, die miteingebunden sind, und natürlich den vielen Ehrenamtlichen. Überall, wo es darum geht, den Kriegsflüchtlings zu helfen, sollten wir, Frau Sandt, an der Stelle ruhig mal Danke sagen, dass es diese Menschen gibt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Als zweiten Punkt möchte ich ansprechen, dass wir die Ukrainer mal ankommen lassen sollten. Wir sollten versuchen, uns in deren Situation zu versetzen, was wir gar nicht können, weil wir so etwas noch nie persönlich erlebt haben. Dabei geht es darum, sich jetzt erst mal hier zu sortieren, durchzuatmen und die Strapazen der Flucht bewältigen zu können, weil man viel Schlimmes erlebt hat und sich vielleicht Gedanken machen muss, wie es jetzt weitergeht: Bleibe ich hier in Deutschland, in Bayern? Ziehe ich vielleicht innerhalb Europas weiter? Wie kann ich zurückkommen? Da ist es wichtig, dass man die Dinge pragmatisch angeht und nicht einen Businessplan vorsieht, wie es die FDP hier dargestellt hat.

Als dritten Punkt möchte ich ansprechen, dass viele Angebote, die Sie fordern, bereits existieren. Ich will hier nur einige aus dem Freistaat Bayern beispielhaft aufführen. Die Bayerische Staatsregierung stellt mit dem Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 bereits verschiedene Maßnahmen im Bereich der beruflichen Qualifizierung zur Verfügung, etwa über das bayernweite regionale und kostenfreie Beratungsangebot der vom Staatsministerium für Arbeit und Soziales geförderten Weiterbildungsinitiatorinnen und -initiatoren.

Das Portal "www.kommweiter.bayern.de" bietet als digitale Anlaufstelle passgenaue Informationen zu Weiterbildungsangeboten, Beratungsstellen sowie Fördermöglichkeiten.

Im Kontext der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen existiert bereits ein umfangreiches Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen, gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit sowie über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wie von Frau Stachowitz auch angesprochen. Das liegt beim Bund.

Auch für Kinder aus der Ukraine besteht bei Begründung eines gewöhnlichen Aufenthalts ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach den Regelungen des Sozialgesetzbuches ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Einschulung. Auch da gewährt der Freistaat Bayern staatliche Betriebskostenförderung unterschiedslos, ob die Kinder aus Deutschland oder aus der Ukraine kommen.

Es bestehen vom Staatsministerium für Arbeit und Soziales geförderte Beratungsstellen der Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft, vielleicht auch bekannt unter der Abkürzung Bfz. Für Anerkennungen von ausländischen Berufsqualifikationen stehen die Beratungsstellen in Landshut, Ingolstadt, Regensburg, Würzburg und Bamberg zur Verfügung. Auch dort gibt es für die Leute aus der Ukraine völlig unkompliziert und praktisch Angebote in englischer, ukrainischer und russischer Sprache. Dort kann eine Beratung stattfinden, die eins a auf die Bedürfnisse passt.

Auch die Koordinierungs- und Beratungsstelle für Berufsankennung in der Außenstelle der Regierung von Mittelfranken in Nürnberg steht zur Verfügung, um dort die Themen der Berufsqualifizierung eben für Berufe aus dem Pflegebereich und entsprechend auch für andere Berufe zu klären. Wir wollen schon wissen, dass der Arzt ein Arzt und der Elektriker ein Elektriker ist. Die Problematik wurde im Ministerrat, in der Kabinettsitzung, ganz klar dargestellt und es wurde darauf hingewiesen.

Der vierte Punkt – der verwundert mich ein bisschen – geht in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der FDP, der SPD und auch der GRÜNEN und betrifft die Zuständigkeit des Bundes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können Ihre Forderungen dorthin richten, wo die Ampel auch regiert. Ich nenne einige Beispiele, damit Sie das verstehen und anerkennen. Die Forderung bezüglich einer Erfassung von Daten durch die Bundesagentur wäre an den Bund zu richten. Die Forderungen betreffend die Arbeitsmarktstatistiken richten sich an die Bundesagentur für Arbeit, also an den Bund. Auch die Bekämpfung von Schwarzarbeit ist eine Bundesaufgabe, genauer der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, FKS, als Teil der Zollverwaltung. Liebe Kollegin Sandt, da hätten Sie einen ganz direkten Draht zu Ihrem Parteivorsitzenden, dem Bundesfinanzminister, weil er dort der Vorsitzende ist. Der Bund, konkret auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das BAMF, ist für die Durchführung von Integrations- und Sprachkursen zuständig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass da viele Dinge vorhanden und verfügbar sind und dass der Freistaat Bayern unbürokratisch Gewehr bei Fuß steht.

Frau Kollegin – ich hoffe, ich spreche den Namen nicht falsch aus: Gilderim, nein, Entschuldigung – Demirel, der Kollege Hold hat es schon angesprochen: Wenn Sie von der Staatsregierung nichts hören oder wahrnehmen, ist das durchaus möglich, und ich glaube Ihnen das. Aber Fakt ist etwas anderes. Sie haben gestern nachvollziehen können, dass die Staatsregierung Kabinettsitzung hatte. Dort war der Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, der Kollege Brossardt, zugeschaltet

und hat aufgezeigt, wie die Wirtschaft und der Freistaat Bayern Doppelpass spielen können, um auf der einen Seite die Bedürfnisse der Geflüchteten abbilden und auf der anderen Seite für die Wirtschaft entsprechende Synergien und Vorteile erreichen zu können. Da wurden konkrete Vorschläge gemacht, wie die Wirtschaft zur Integration von ukrainischen Kriegsflüchtlings in den Arbeitsmarkt durch Deutschkurse oder durch die Vermittlung von Arbeit beitragen kann.

Die Vbw möchte auch die Einrichtung einer Integrationshotline. Da ist die Staatsregierung also proaktiv im Austausch mit der Wirtschaft. Ich kann Ihnen versichern, dass die Staatsregierung und der Freistaat Bayern im engen Schulterschluss mit der bayerischen Wirtschaft stehen, um genau diese Herausforderungen zum Wohl der Menschen, aber auch zum Wohl der bayerischen Wirtschaft angehen zu können.

Sie sehen: Die Anträge gehen in vielen Punkten zu weit und richten sich ganz klar an die falsche Adresse. Wir sollten auch in dieser schwierigen Phase aufpassen, dass wir es uns an der einen oder anderen Stelle nicht viel zu einfach machen und eine Unwucht bekommen.

Deswegen appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen von FDP, SPD und GRÜNEN: Richten Sie Ihre Energie nach Berlin. Dort haben wir momentan viele Potenziale, wo wir als Freistaat Bayern auch gerne unterstützen. Aber in erster Linie geht es um das Wohl der Menschen. Da müssen wir an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Staatssekretär. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, die erste von der Kollegin Stachowitz von der SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Staatssekretär, vielen Dank, dass Sie ausgeführt haben, was der Bund alles macht, und dass Sie zugeben, dass wir da sehr gut aufgestellt sind, dass die Ampel sehr gut arbeitet, dass wir einen ausgezeichneten Arbeits-

minister haben, der schon frühzeitig Überlegungen angestellt hat und gestalten will, nicht nur abwarten.

Deswegen erwarten wir aber trotzdem gerade von einem Freistaat Bayern, der wirtschaftlich so stark ist, dass er hier ergänzend tätig wird und sich nicht allein auf die Bundesmittel verlässt. Wir haben in Bayern den entsprechenden Arbeitsmarkt und können hier etwas weiter unterstützen. Wir haben auch die Mittel, um in der Frage des Spracherwerbs Flüchtlinge und Unternehmen zu unterstützen.

Es ist verständlich, dass Sie sich mit Herrn Brossardt, Ihrem CSU-Kollegen, getroffen haben. Aber wir vermissen wieder mal, dass die Gewerkschaften mit eingeladen werden. Schon beim Ausbildungspakt ist das schwierig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Stachowitz, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Diana Stachowitz (SPD): Wann zum Ausbildungspakt das letzte Mal getagt wurde, wissen wir auch nicht. Auf jeden Fall haben wir das aus Ihrem Ministerium als Antwort bekommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, bitte.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Werte Kollegin Stachowitz, wie ich schon eingangs meiner Rede erwähnt habe, neigen Sie leider immer dazu, die Dinge zu vermengen. Das ist an der Stelle gerade wieder passiert. Ich denke, ich habe es sehr eindrucksvoll aufgezeigt. Ich hätte mir nie erlaubt, in einem Dringlichkeitsantrag so zu formulieren, wie Sie es getan haben. Sie haben Mängel aufgezeigt, die in erster Linie bei der Bundesregierung verortet sind. Ich habe Ihnen aufgezeigt, wo die Bundesregierung zuständig ist. Ihre Kritik ist ganz klar nach Berlin gerichtet. Wenn Sie da den direkten Kontakt zu Herrn Heil haben, sollten Sie den an dieser Stelle auch nutzen. In so einer schwierigen Phase sollten wir mit dem Parteige-

klüngel aufhören und die Dinge rational und objektiv betrachten. Damit ist allen am meisten geholfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Demirel gemeldet. Frau Demirel, bitte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Kirchner, entschuldigen Sie, dass ich lachen musste bei Ihrem Appell, mit der Parteipolitik aufzuhören. Ihr erster Auftritt als Staatssekretär bestand darin, den roten Faden der Staatsregierung weiterzuführen mit dem Blick auf Berlin und die Parteipolitik. – Aber gut. – Hören Sie mich?

(Staatssekretär Sandro Kirchner: Schlecht!)

Schlecht? Okay. Jetzt? – Okay.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte reden Sie weiter; geht gut.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich mache es ganz schnell. Das Familienministerium in Berlin arbeitet gerade an einer Beschlussvorlage, die dazu dient, unbegleitete minderjährige Kinder, die ohne Erziehungsberechtigte unterwegs sind, in die stationäre Jugendhilfe aufzunehmen. Das einzige Bundesland, das sich verweigert und diese Beschlussvorlage nicht unterstützen will, ist Bayern. So viel zum Bund und so viel zur Zusammenarbeit.

Ich habe Ihnen ein simples Beispiel für Anerkennungsverfahren, die hier in Bayern stattfinden, genannt. Mit den Erzieherinnen und Erziehern – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Demirel, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Nehmen Sie das vielleicht mit. Das kostet kein Geld. Das ist weniger Bürokratie.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Frau Demirel, erst einmal Entschuldigung dafür, dass ich vorhin Ihren Namen nicht parat hatte. Ich habe das an dieser Stelle hoffentlich richtig nachgeholt. Ich bitte um Verständnis.

Ich denke, wir werden, was das Bundesfamilienministerium betrifft, auf den anderen Punkt auch beim nächsten Dringlichkeitsantrag zu sprechen kommen. Zu den Erzieherinnen kann ich Ihnen ad hoc keine Antwort geben. Ich kann Ihnen als zuständiger Staatssekretär aber schon sagen, dass wir sehr unbürokratisch unterwegs sind. Ich hatte in der letzten Woche ein Telefonat mit der Kollegin Anna Stolz. Es ging darum, die Voraussetzung dafür zu schaffen, in München unbürokratisch eine Lehrkraft aus der Ukraine heranziehen zu können. Das ging innerhalb kürzester Zeit. – Sie sehen, die Dinge, die geklärt werden können, werden sehr einfach und klar geklärt. Ich muss insofern sagen, dass die Staatsregierung auch da aktiv ist: proaktiv.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/21951 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die Fraktion der SPD und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/21983 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die FDP-Fraktion. Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine; fraktionslose Abgeordnete auch nicht. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.